
Herkunft – Ankunft – Zukunft

Denkwerkstatt 11: Stadtentwicklung

22. Oktober 2019, Schader-Forum, Darmstadt

Protokoll und Bericht: Dennis Weis und Arno Bayer



Die Reihe Denkwerkstatt Herkunft-Ankunft-Zukunft wurde initiiert durch die Beiratsmitglieder des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt (ISASP / h_da).



Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Caritasverband Darmstadt e. V.



Diakonie
Diakonisches Werk
Darmstadt-Dieburg



Inhalt

Einleitung	3
Ankunftsräume als Chance und Herausforderung	4
Ankunftsstädte weiterentwickeln mit integrierten Konzepten	5
Die deutsche Einwanderungsgesellschaft	6
Arrival-City: Herausforderungen und Probleme des Konzepts	7
Resümee	9

Einleitung

Am 22. Oktober 2019 fand die insgesamt elfte Denkwerkstatt der Veranstaltungsreihe „Herkunft-Ankunft-Zukunft“ zum Thema „Stadtentwicklung“ in der Schader-Stiftung statt. Die Denkwerkstätten bieten eine Plattform zum intensiven Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis und gehen auf Herausforderungen von Integration und Vielfalt ein. Innerhalb der Veranstaltungen sollen Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Disziplinen und Sektoren vernetzt werden. Darüber hinaus soll ihnen die Möglichkeit des Austauschs über politische Gestaltungsmöglichkeiten geboten werden.

Mit dem Verständnis, Integration vermehrt als intersektorales Querschnittsthema zu betrachten, wurde in der letzten Denkwerkstatt im Februar 2019 das Thema „Sport“ behandelt. Im Zentrum der Diskussion standen die Fragen, ob der Sport Resonanzräume bietet, somit eine integrative Wirkung beinhaltet und welche Rolle speziell die Sportvereine innerhalb dieser Debatte spielen, wie diese sich verändern und wie sich die Auswirkungen von Migration auf das Ehrenamt in den Sportvereinen niederschlagen.

Resonanzräumen wird auch in der aktuellen Denkwerkstatt mit dem Thema „Stadtentwicklung“ nachgegangen: Stadtentwicklung spielt maßgeblich sowohl bei der Integration von Geflüchteten, als auch bei anderen Formen regulärer Zuwanderung zentrale Rolle. Darüber hinaus sollen auch bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationsbiographie in den Fokus genommen werden. Ziel der Stadtentwicklung muss es sein, Migrantinnen und Migranten am öffentlichen Raum teilhaben zu lassen und sie aktiv in das gesamtdeutsche gesellschaftliche Leben miteinzubinden. Welche Bedarfe können auf Seiten dieser Gruppen in gründlicher Zusammenarbeit identifiziert werden? Diese Miteinbeziehung von Migrantinnen und Migranten erfordert effektive Problemlösungsstrategien und -konzepte. Es erweist sich als notwendig, den Zugewanderten Raum für Integration und gesellschaftliche Teilhabe bieten zu können.

Tatsächlich ergeben sich in der planerischen Praxis Probleme, die die Integration von Zugewanderten erschweren, wenn nicht gar verhindern. So lässt sich feststellen, dass die sozialräumliche Integration von Schwierigkeiten begleitet wird. Nicht nur die Partizipation bei Wahlen, sondern jegliche Formen gesellschaftlicher Teilhabe, offenbaren Nachholbedarf. Migrantinnen und Migranten fehlen vielerorts die Möglichkeiten und die Räume, aktiv in und an der Gesellschaft mitzuwirken und sich einzubringen. Sie leben mitunter abgeschottet von der Mehrheitsgesellschaft.

Daher sollen folgende Fragen diskutiert werden: Wie können Zuwanderer und ihre Positionen in Diskurse der Stadtentwicklung einbezogen werden? Wie kann Stadtentwicklungspolitik die Eigeninitiative und Selbstorganisation von eingesessenen Bewohnern und Zuwandererinnen als Grundlagen für Teilhabe und gleichberechtigtes Zusammenleben wirksam werden lassen? Welche zivilgesellschaftlichen Initiativen und informelle Kooperationen können dienlich sein? Inwiefern ist ein regulatorisches Eingreifen seitens der Politik nötig, oder entstehen Strukturen, die Integration und ein von Teilhabe und Mitbestimmung geprägtes Zusammenleben ermöglichen, von selbst? Und ist eine „Vermischung“ verschiedener Kulturkreise überhaupt erstrebenswert, oder kann eine beispielsweise nach Ethnie, Herkunft oder Kulturkreis segregierte Gesellschaft nicht ebenso funktionieren?

Drei Impulse, einer aus wissenschaftlicher und zwei aus praktischer Perspektive, bieten im Zuge der Denkwerkstätte die Grundlage für die anschließende Diskussion.

Ankunftsräume als Chance und Herausforderung

Nils Hans, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund, berichtet in seinem Impuls von aktuellen Forschungsergebnissen. Er spricht zunächst allgemein von der zunehmenden Diversität in europäischen Städten, speziell auch in Deutschland. Mit dieser steigenden Vielfalt geht eine hohe Fluktuation und eine hohe Mobilität der Menschen in den Städten einher. Nils Hans weist hier besonders den Organisationseinheiten auf der Quartiersebene von Städten besondere Potenziale zu. Quartiere, die in erhöhtem Maße von Zuwanderung und Migrationsbewegungen betroffen sind, werden in diesem Kontext als Ankunftsquartiere bezeichnet. Ihre Funktionsfähigkeit stellt eine besondere Herausforderung an die Gesellschaft und besonders an die stadtplanerische Praxis wie auch an die Wissenschaft dar. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass Ankunftsquartiere nicht nur als Herausforderung gewertet, sondern gleichzeitig auch als Chance oder Integrationspotenzial begriffen werden sollten. Durch ihr besonders hohes Maß an ethnischer und sozialer Mobilität offenbaren diese Orte eine erste Möglichkeit der unmittelbaren Beteiligung Zugezogener am lokalen Gemeinwesen. Unglücklicherweise, so Nils Hans, wird dieses Potential für Integration in der medialen Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Vielmehr besteht derzeit ein recht eindimensionales Bild dieser Ankunftsräume, sie werden mit negativen Assoziationen wie etwa jene sogenannter Parallelgesellschaften, also segregierter Stadträume, oder der in diesen Quartieren oft hohen Kriminalitätsrate in Verbindung gebracht. Diese Räume genießen in der öffentlichen Wahrnehmung keinesfalls hohes Ansehen. Nils Hans hält hier ein Umdenken bzw. eine Resignifikation dieser Ankunftsräume für erforderlich, da deren positive Aspekte ausgeblendet werden.

Dem derzeitigen Forschungsstand nach finden spontane Begegnungen im öffentlichen Raum außerdem nicht hinreichend statt, um Interaktionen oder Austausch zwischen Menschen zu ermöglichen. Hier bedarf es bereits eine ankunftsbezogene Infrastruktur um Zugewanderten das Einleben innerhalb einer bestehenden Gemeinschaft zu erleichtern. Nils Hans schlägt daher vor, bestimmte lokale Settings in diesen Ankunftsräumen zu schaffen, da der derzeitige Forschungsstand verdeutlicht, dass Begegnungen im öffentlichen Raum nicht bedingungslos und barrierefrei stattfinden. Stattdessen sind aktive Maßnahmen erforderlich, um ebendiese Begegnungen stattfinden zu lassen. Die besondere Bedeutung von Begegnungsräumen muss ebenso aktiv in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger fließen, denn unabhängig von sozioökonomischen oder soziokulturellen Differenzen haben diese sich als Bereicherung innerhalb einer Gesellschaft bewiesen. Die lokalen Settings haben dabei eben die Funktion, gezielt Räume für Begegnung, Interaktionen und Austausch zu schaffen. An diesen Orten sollen Migrantinnen und Migranten gesellschaftliche Teilhabe und eine Form der Partizipation ermöglicht werden. Zu diesen Rahmenbedingungen können zum Beispiel Moscheen, (Kultur-) Vereine, Sportanlagen oder auch Gemeinschaftsprojekte wie etwa Urban-Gardening-Anlagen gezählt werden. Dabei kann die Nutzung bestehender Brachflächen als erster Ansatz gesehen werden, allen Bewohnerinnen und Bewohnern Freiräume zu Verfügung zu stellen. Diese Aktionen müssen aber, so der Wissenschaftler, niedrighschwellig sein, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Das heißt, es dürfen keine zusätzlichen Hürden oder Barrieren existieren, es sollten daher keine bestimmten Vorkenntnisse oder Qualifikationen von potenziellen

Teilnehmern und Teilnehmerinnen gefordert werden. Hier kann durchaus auch punktuell gearbeitet werden, Ankunftsstätten müssen in diesem Zusammenhang nicht notwendigerweise verstetigt werden. Die Projekte müssen lediglich für alle zugänglich sein, Herkunft, gesellschaftlicher Status, Bildung und andere Faktoren dürfen keine Rolle spielen. Der Lösungsansatz liegt darin, Räume als Medium für gemeinsame Bedarfe bereitzustellen.

In diesem Kontext berichtet Nils Hans von seinen Erfahrungen mit einer Fallstudie in der Dortmunder Nordstadt. Dort werden brachliegende Freiflächen bzw. öffentliche Räume genutzt, indem Hochbeete, Insektenhotels, Komposte und andere Aktionen erschaffen werden, um Menschen zusammenzubringen. So soll eine aktive Nachbarschaft gefördert werden, in der Austausch und Begegnungen stattfinden. So kann ein Instrument bereitgestellt werden, um Menschen mit Migrationsbiographie am öffentlichen Leben zu beteiligen.

Ankunftsstädte weiterentwickeln mit integrierten Konzepten

Der Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiografie widmet sich Marion Schmitz-Stadtfeld, Leiterin des Fachbereichs Integrierte Stadtentwicklung der *Nassauische Heimstätte/NH Projektstadt* in Frankfurt am Main, aus der praktischen Perspektive der Raumplanung. Auch für sie liegt der Kern Ihrer Arbeit darin, Zuwandererinnen und Zuwanderern Partizipationsmöglichkeiten in Quartieren zu eröffnen. Gegenwärtige Herausforderungen und Probleme umfassen, ganz unabhängig davon, ob sich eine Stadt in ihrer Selbstwahrnehmung mit dem Label „Ankunftsstadt“ versieht, die zunehmende Wohnraumknappheit deutscher Städte bei steigenden Bevölkerungszahlen. Zudem hat sich die Situation durch die hohe Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 verschärft, kurz- und mittelfristig werden für die geflüchteten Menschen zentrale Ankunftsräume gesucht, langfristig besteht die Herausforderung, diese Menschen dezentral in den regulären Wohnungsmarkt zu integrieren.

Marion Schmitz-Stadtfeld stellt Thesen zur Ankunftsstadt auf, die erfüllt werden müssen, um bei der kurz- und langfristigen Integration von Migrantinnen und Migranten sowie bei Geflüchteten Potenziale zu nutzen: Zuerst bedarf es einem klaren politischen Bekenntnis zur Ankunftsstadt seitens der Politik. Marion Schmitz-Stadtfeld betont, dass dieser fundamentale Bestandteil kommunaler, integrationsfördernder Maßnahmen in der Realität zu selten vorkommt. Ein positives Beispiel ist in der Stadt Hanau zu sehen, die ihrer Rolle als Ankunftsstadt aktiv begegnet. In der Praxis äußert sich dies in der Bekenntnis zum Anstoßen und Umsetzen verschiedener lokaler Netzwerkarbeiten und Beteiligungsprozesse, auch wird Konversionspotenzial erkannt und im Beispielprojekt „Sportsfield Housing“ genutzt. Diese leerstehende, ehemalige US-Kaserne wurde als Erstaufnahmestelle für Geflüchtete verwendet.

Davon abgesehen muss es Ziel Integrierter Stadtentwicklung sein, Integration zu fördern, die Identität als Ankunftsstadt sollte. Teil des städtischen Dialogs sein. Weiterhin sind niedrigschwellige Arbeitsverhältnisse bzw. Beschäftigungsformen für Zuwanderer und Zuwanderinnen wichtig, um ihnen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu bieten. Auch hat die Ankunftsstadt, so Marion Schmitz-Stadtfeld, die Aufgabe, Ankommenden bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und so die Bildung von robusten Netzwerken vor Ort zu ermöglichen. Durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum soll den Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit zur Aneignung und Selbstbefähigung gegeben werden, einer organischen Entwicklung wird somit Raum gegeben. Nichtsdestotrotz braucht die Ankunftsstadt integrierte Konzepte, um erfolgreich zu sein. Der Begriff „Integrierte

Stadtentwicklung“ verweist auf die Notwendigkeit, Planungsprozesse nicht sektoral, sondern ganzheitlich zu gestalten. Das bedeutet im Bereich der Stadtentwicklung, dass Siedlungsstruktur, Verkehr, Umwelt und soziale Belange im Zusammenhang zu betrachten sind. Ziel ist, bei immer schnellerer Veränderung von Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Stadt eine nachhaltige Entwicklung von Stadtquartieren zu ermöglichen.

Einen derartigen Ansatz sieht Marion Schmitz-Stadtfeld im integrierten Handlungskonzept Ankunftsstadt Hanau. Ziel dieser „Arrival City“ ist es, das integrierte Handlungskonzept als Grundlage zur Entwicklung eines Ankunftsortes für Geflüchtete zu verwenden, um so diese als neue Nachbarinnen und Nachbarn ankommen zu lassen und einen gesellschaftlichen Diskurs unter Miteinbeziehung der Stadtgesellschaft möglich zu machen. Handlungsvorlagen sollen daher sowohl exemplarisch als auch generalisierbar sein. Gefördert wird das Konzept von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit dem Programm „Stadtentwicklung und Migration“. Dabei bedient sich das Konzept verschiedener Bausteine wie zum Beispiel des PopUp-Wohnens, der Aktivierung von Leerständen, der Einbindung der Nachbarschaft.

Im Übrigen sieht Marion Schmitz-Stadtfeld, ganz im Gegensatz zur beschriebenen, negativ konnotierten Wahrnehmung von segregierten Räumen innerhalb einer Stadtgesellschaft durchaus Orte für Enklaven, die nützlich sein können. Orte, an denen Ankommende bekannte Codes erkennen, können gerade zu Beginn hilfreiche Instrumente sein, um Partizipation am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Die deutsche Einwanderungsgesellschaft

Peter Cachola Schmal leitet seinen Impuls mit der Erinnerung an den deutschen Beitrag zur Architekturbiennale 2016 ein. Diese Arbeit, an dem der Kurator des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt selbst maßgeblich mitwirkte, verbildlichte die Arrival City am deutschen Pavillon in Venedig. Um offene (Ankunfts-)Räume zu simulieren, wurden teilweise die Wände des Pavillons geöffnet und ein Thesenmanifest formuliert, wie die Integration verschiedener Kulturen in Deutschland gelingen kann.

Auch gibt Peter Cachola Schmal zu bedenken, dass die Termini Einwandernde und Geflüchtete aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenssituationen voneinander abzugrenzen sind. Der Architekt berichtet davon, dass die Migrationspolitik von traditionellen Einwanderungsländern wie Kanada sich grundsätzlich von jener Europas und Deutschlands unterscheidet. Das Selbstverständnis spielt demnach eine zentrale Rolle, auch in der Ausgestaltung öffentlicher Räume und Quartiere. Diese Beobachtung bezeichnet Peter Cachola Schmal deshalb als zentral, um sich ein genaueres Bild von den Bedarfen der Ankommenden zu erstellen. Während Kanada aktiv nach Economic Migrants, also hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten für den eigenen Arbeitsmarkt sucht, die zudem einen Mehrwert für die Wirtschaft und Gesellschaft des Landes bedeuten, werden in Europa und speziell in Deutschland primär humanitäre Gründe für Zuwanderung herangezogen. Natürlich sind die Ausgangssituationen aufgrund der geographischen Lage unterschiedlich: Während Europa mit seinen langen Außengrenzen zu Land mit großer Zuwanderung durch Geflüchtete konfrontiert wird, ist Kanada räumlich durch zwei Ozeane von Krisenherden getrennt. Humanitäre Migration spielt für Einwanderungsländer wie Kanada nur eine untergeordnete Rolle.

Im Folgenden vertritt Peter Cachola Schmal die Ansicht, dass Deutschland zwar faktisch ein Einwanderungsland ist, bedauerlicherweise findet sich dies aber nicht im Selbstverständnis der Bundesrepublik wieder. Er kritisiert, dass Deutschland nach wie vor vermeidet, sich als Einwanderungsland zu bekennen. Das macht sich an den ambivalenten Identitäten bemerkbar, die viele Menschen mit Migrationsbiografie in Deutschland für sich benennen. Unterstützung dieser Prozesse liegt demnach darin, sich klar zu seinen Wurzeln als Einwanderungsland zu bekennen und für integrative Maßnahmen, ganz gleich ob in der Stadtentwicklung oder anderen Feldern, ein Ministerium zu schaffen. Hier sieht der Direktor des Architekturmuseums Nachholbedarf und fordert ein Umdenken in der gesellschaftlichen Integrationsdebatte. Eine historische Ausnahme sieht er in der Integration Russlanddeutscher, die vergleichsweise unauffällig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Den Grund für diese vergleichsweise schnelle und hürdenlose Ermöglichung von Integration seitens der Bundesregierung sieht Schmal in dem Verständnis, dass es sich im Grunde bei den Russlanddeutschen nicht um Ausländer, sondern tatsächlich um Deutsche handelt, die in ihr Heimatland zurückkehren.

Abschließend kommt Peter Cachola Schmal auf die niedrige Anzahl von Migrantinnen und Migranten in Deutschland in Führungspositionen zurück. Diese niedrige Quote wiederholt sich in Verwaltung und Industrie. Um tragfähige Lösungen – auch hinsichtlich integrierter Konzepte der Stadtplanung – zu entwickeln, sieht er einen Wandel innerhalb bestehender Strukturen für unumgänglich. Es wird noch einige Stationen brauchen, bis sich Deutschland mehrheitlich als das definiert, was es in der Realität schon lange ist: Ein Einwanderungsland.

Arrival-City: Herausforderungen und Probleme des Konzepts

Marion Schmitz-Stadtfeld leitet die Diskussion mit einem erneuten ausdrücklichen Bekenntnis zu niedrighschwelligem Ankunftsraum ein. Sie sieht in der Gentrifizierung derartiger Ankunftsräume, wie derzeit etwa in Offenbach am Main erkennbar, ein essentielles Problem für Quartiere. Durch diese Verdrängung bestehender Milieus verlieren Ankunftsräume ihre Unmittelbarkeit, beispielsweise nimmt der bezahlbare Wohnraum ab. Des Weiteren lobt Marion Schmitz-Stadtfeld die aus ihrer Sicht altruistischen Motive der Bundesregierung in Bezug auf die Aufnahme von Geflüchteten seit dem Jahr 2015, wenngleich sich die Integration der Geflüchteten selbstverständlich schwierig gestaltet und eine Herausforderung darstellt. Zwar hält sie den Vorstoß eines Bekenntnisses zum Einwanderungsland für durchaus sinnvoll, weist jedoch den Vergleich mit kanadischen Verhältnissen deutlich zurück.

Es schließt sich die Frage, was denn überhaupt organische Entwicklung ist, bezogen auf Erfahrungen in großstädtischen Quartieren und deren enormer Veränderung. Bezahlbarer Wohnraum nimmt dort kontinuierlich ab, alteingesessene Milieus werden verdrängt oder drängen zur Selbstaflösung. Marion Schmitz-Stadtfeld fordert, bestimmte Gebiete frei zugänglich zu halten, um Geflüchteten und Zugewanderten Freiräume zur Aneignung zu überlassen. Das inkludiert insbesondere bezahlbaren Wohnraum. Sie sieht hier ein Eingreifen seitens der Politik als notwendig an.

Eine Diskussionsteilnehmerin kritisiert, dass erst seit der erhöhten Fluchtmigration ab dem Jahr 2015 und der damit einhergehenden humanitären Sonderlage Konversionsflächen

günstig angeboten wurden. Tatsächlich waren jedoch bereits vor 2015 Bedarfe vorhanden, die in der Vergangenheit strukturell ignoriert wurden. Außerdem fehlen derzeit noch handfeste Konzepte und Strategien, um langfristig Geflüchtete am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen. Dabei muss aber auch bedacht werden, dass die Entwicklung von problemorientierten Lösungskonzepten, die in der Praxis funktionieren, selbst eine Herausforderung an die Stadtplanung darstellt.

Marion Schmitz-Stadtfeld nennt erneut die Stadt Hanau als Gegenbeispiel, wo zwischen 60 und 70 Prozent der dort lebenden Geflüchteten dezentral in den Wohnungsmarkt integriert sind. Sie unterlegt damit ihr Bekenntnis zu bestehenden funktionierenden Konzepten. Zu diesem Erfolg beigetragen haben Maßnahmen wie Dialoge, Wohnführerscheine, die Bereitstellung eines Leumunds durch die Stadt und die Begleitung durch Sozialarbeiter. Insgesamt ein arbeitsintensiver Prozess, der ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Engagement mit sich zieht.

Peter Cachola Schmal weist darauf hin, dass der öffentliche Raum kleinteilig sein muss und nennt Amsterdam als positives Beispiel. Dort wird zurzeit ein Quartier, das zum großen Teil aus alten Arbeiterwohnungen besteht, erneuert und saniert. Gleichzeitig wird dort auch Raum für Neues geschaffen, so entstehen unter anderem kleinteilige Nutzungsmöglichkeiten für Gewerbeflächen in der Form von kleinen Restaurants, Geschäften und Werkstätten. Auch wird seitens der niederländischen Regierung mehr Raum für informelle Siedlungen gelassen. Das Städtebauförderungsprogramm des Bundes „Soziale Stadt“, mit dem seit den 1990er Jahren ausgewählte Stadtteile mit städtebaulichen Problemen gefördert wurden, ist durchaus kritisch zu betrachten, so Nils Hans, da Aufwertungsprozesse gleichzeitig immer Integration verschleppen oder verhindern können. Der Geograph gibt zu bedenken, dass gerade niedrigschwellige Ankunftsräume bei der Integration großartige Arbeit leisten, weil sie barrierearm wirken. Auch wirft er die Fragen auf, ob denn Segregation im Gegensatz zu Milieu-Durchmischung nicht eine organischere Entwicklung ermögliche und ob eine organische Entwicklung überhaupt durch strukturelle Maßnahmen eingeleitet werden kann oder ob sie von allein entsteht. Damit stimmt er Marion Schmitz-Stadtfeld zu, die in ihren Impuls ebenfalls von positiven Wirkungen durch segregierte Räume spricht.

Von anderer Stelle wird bemerkt, dass eine organische Entwicklung zwar aus sich heraus entstehen muss, dennoch sollte diese aber mit städtebauliche Maßnahmen begleitet und gefördert werden, um sie in die richtigen Bahnen zu lenken. Auch ist die „Soziale Stadt“ insgesamt als positiv zu werten. Als Beispiel werden ostdeutsche Städte im Vergleich zu französischen Banlieues genannt. Tatsächlich sind in jenen durch fehlende städtebauliche Begleitung negative Entwicklungen zu konstatieren. Davon abgesehen bedeutet Segregation auch Ausschluss von Chancen und sollte, wenn sie dauerhaft bestehen bleibt, kritisch betrachtet werden.

In einem weiteren Beitrag kritisiert eine Gesprächsteilnehmerin anhand ihrer persönlichen Erfahrung, dass das Arrival-City-Konzept nicht wie eine Schablone auf unterschiedliche Quartiere mit verschiedenen Voraussetzungen angewendet werden sollte. Sie berichtet vom Mathildenviertel in Offenbach, wo das Konzept erfolgreich war und viele positive Veränderungen anstoßen konnte. Demgegenüber zeigte sich das Konzept bei der Anwendung auf das Sennfelder Quartier in der gleichen Stadt als weitgehend ertragslos. Daher sollten individuelle und quartiersbezogene Pläne entwickelt und angewendet werden, um die verschiedenen Herausforderungen der Quartiere zu bewältigen.

Resümee

Sowohl Impulsgebende als auch Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind sich einig, dass Ankunftsräume Bedingung für eine gelingende Integration bleiben. Die Gestaltung bleibt umstritten, die Anpassung bestehender Konzepte und der Lernprozess aus früheren Experimenten sind essenziell für den Erfolg in Quartieren. Ankunftsräume benötigen bezahlbaren Wohnraum, niedrighschwellige Angebote und die Option auf geregelte Arbeitsverhältnisse für Migrantinnen und Geflüchtete, um ihnen eine Aneignung des Raumes und dieser organische Entwicklung zu ermöglichen. Auch müssen weiterhin städtebauliche Konzepte entwickelt werden, die Menschen ankommen lassen. Dies gilt vor allem in Bezug auf die langfristige Integration Geflüchteter in den dezentralen Wohnungsmarkt und deren Teilhabe an Angeboten am gesellschaftlichen Leben. Ein stärkeres Engagement seitens der Politik ist erforderlich, ein starkes Bekenntnis für Zuwanderung, für Integration und für Deutschland als Einwanderungsland erscheint nicht nur notwendig sondern sinnvoll. Allerdings bleibt fraglich, ob sich die Schablone „Arrival City“ auf alle Kommunen, die sich voneinander stark unterscheiden können, erfolgreich anwenden lässt.